

Auswertung mdrFRAGT:

Zukunft in den neuen Ländern – Was will der Osten?

Befragungszeitraum: 01.-05.10.2020

Teilnehmer: 18.172

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze:

Förderpolitik (Seite 2)

- ⇒ Deutliche Mehrheit findet, Förderpolitik konzentriert sich auf Städte
- ⇒ Zwei Drittel würden Stadt und Land ausgeglichen fördern
- ⇒ Wichtigste Förderbereiche: Kindergärten und Schulen, Ländlicher Raum, Ausbau der Schiene

Volksbeteiligung (Seite 9)

- ⇒ Fast jeder Teilnehmer findet Volksbeteiligung bei politischen Entscheidungen wichtig
- ⇒ Rund 90 Prozent wünschen sich mehr Volksbeteiligung
- ⇒ Weniger als die Hälfte hat bereits bei politischer Volksbeteiligung mitgemacht
- ⇒ Mehrheit kennt Möglichkeiten der Volksbeteiligung im Bundesland nicht

Vertrauen in Politik (Seite 16)

- ⇒ Vertrauen in Politik auf kommunaler Ebene am größten
- ⇒ Hälfte der Befragten vertraut Europapolitik am wenigsten
- ⇒ Kommunalpolitik: Parteilose Vertreter genießen etwas mehr Vertrauen
- ⇒ Kenntnis über Abgeordnete im kommunalen Bereich größer als auf Bundesebene

Zufriedenheit mit Politikbereichen (Seite 23)

- ⇒ Bildungspolitik: Zwei Drittel unzufrieden
- ⇒ Migrationspolitik: Deutliche Mehrheit unzufrieden
- ⇒ Wirtschaftspolitik: Mehr als die Hälfte ist zufrieden

Verfassung (Seite 27)

- ⇒ Deutliche Mehrheit hätte Verfassungsdiskussion nach der Wende begrüßt
- ⇒ Große Zufriedenheit mit dem Grundgesetz

Medienblick auf Ostdeutschland (Seite 29)

- ⇒ Hälfte empfindet Medienblick auf Ostdeutschland negativ

Die Ergebnisse:

Förderpolitik

Deutliche Mehrheit findet, Förderpolitik konzentriert sich auf Städte

Dass Städte und Ballungszentren derzeit finanziell am stärksten gefördert werden, sieht die deutliche Mehrheit der mdrFRAGT-Mitglieder, die sich an der Befragung beteiligt haben, so (83 %). Jede oder jeder Zehnte sieht eine nahezu ausgeglichene Förderung zwischen Stadt und Land (10 %). Dass ländliche Regionen am stärksten gefördert werden, findet fast niemand (2 %).

Frage: Welche Regionen werden Ihrer Meinung nach bei der Entwicklung Ostdeutschlands finanziell am stärksten gefördert?

Städte / Ballungszentren



Beides nahezu ausgeglichen



Ländliche Regionen



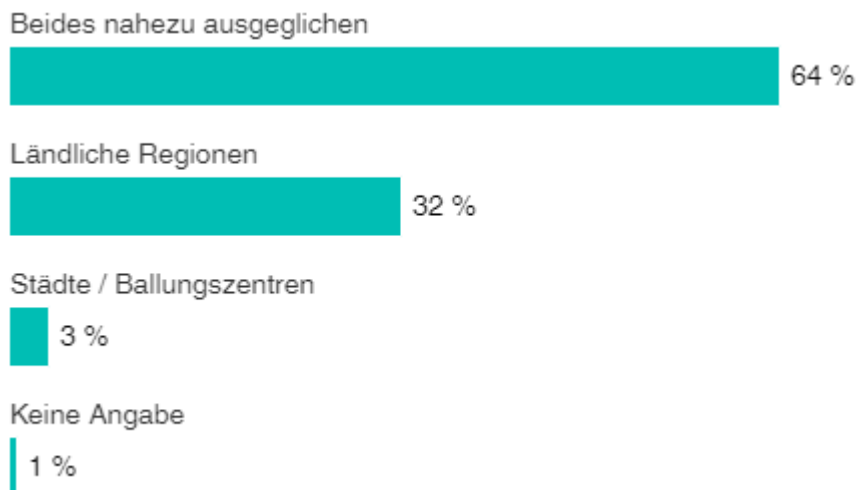
Keine Angabe



Zwei Drittel würden Stadt und Land ausgeglichen fördern

Könnten die Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer selbst entscheiden, würden fast zwei Drittel (64 %) Stadt und Land nahezu ausgeglichen bezuschussen. Rund ein Drittel (31 %) würde ländliche Regionen am stärksten fördern. Städte dagegen würden nur von 3 Prozent die meisten Fördergelder erhalten. Das zeigt: Der Großteil der an der Umfrage beteiligten Menschen würden die Fördergelder ganz anders verteilen, als sie es derzeit in der Realität wahrnehmen.

Frage: Welche Region würden Sie am stärksten fördern, wenn Sie entscheiden könnten?



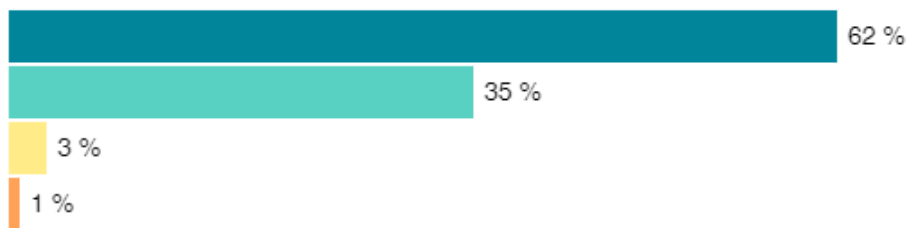
Vor allem die jüngste Altersgruppe der 16- bis 30-Jährigen würde die ländlichen Regionen gern stärker fördern:

● Beides nahezu ausgeglichen ● Ländliche Regionen ● Städte / Ballungszentren ● Keine Angabe

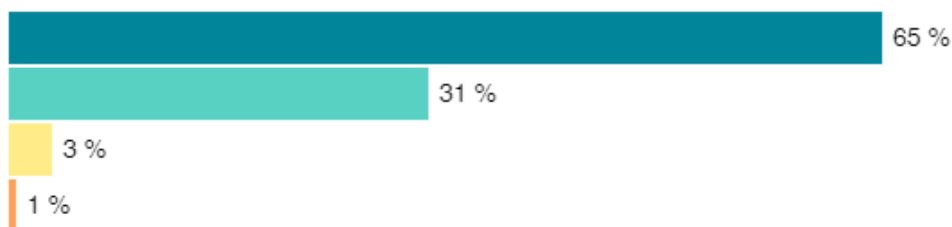
16 bis 30 Jahre



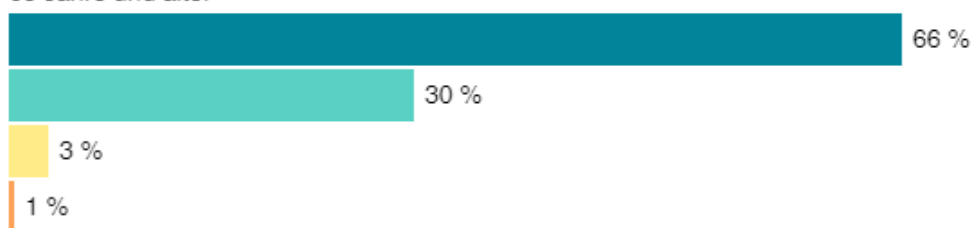
31 bis 50 Jahre



51 bis 64 Jahre



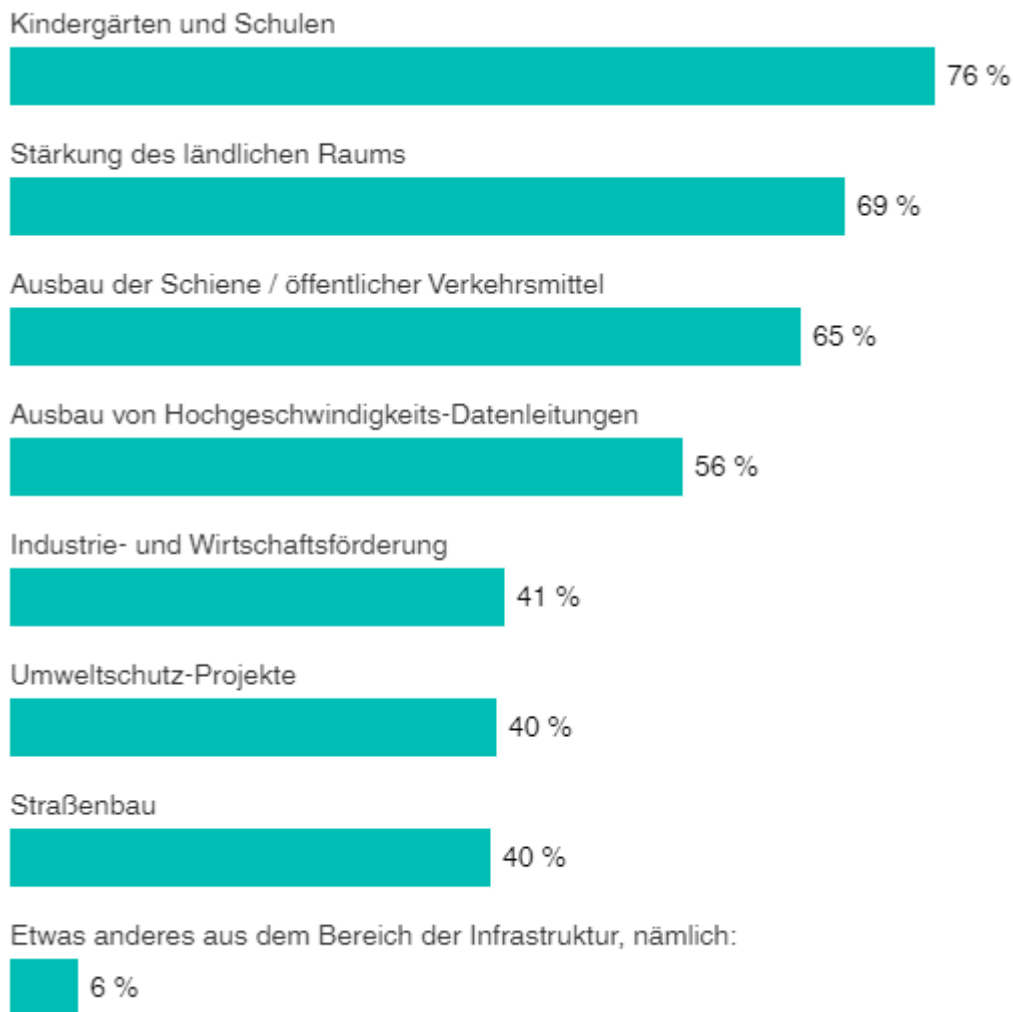
65 Jahre und älter



Wichtigste Förderbereiche: Kindergärten und Schulen, Ländlicher Raum, Ausbau der Schiene

Wir haben auch danach gefragt, welche Bereiche der Infrastruktur in Ostdeutschland die mdrFRAGT-Gemeinschaft vor allem bezuschussen würden, wenn sie selbst entscheiden könnten. Am häufigsten ausgewählt wurden die Bereiche "Kindergärten und Schulen" (76 %), "Stärkung des ländlichen Raums" (69 %) und "Ausbau der Schiene / öffentlicher Verkehrsmittel" (65 %). Auch den Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen würde mehr als die Hälfte bei der Fördermittelvergabe mit bedenken. Weniger wichtig erscheinen die Industrie- und Wirtschaftsförderung, Umweltschutz-Projekte und der Straßenbau (jeweils 41 bzw. 40 %).

Frage: Angenommen, Sie könnten selbst entscheiden, wofür Fördermittel für die Infrastruktur-Entwicklung in Ostdeutschland aufgewendet werden: Wofür würden Sie das Geld vor allem einsetzen? Bitte nennen Sie alles, was auf Sie zutrifft.

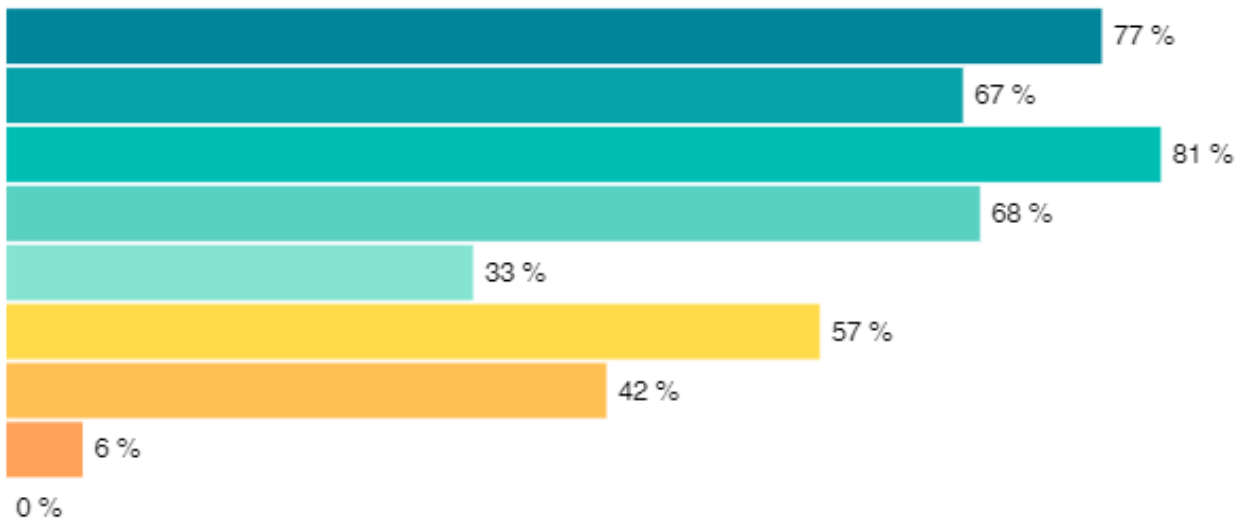


Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

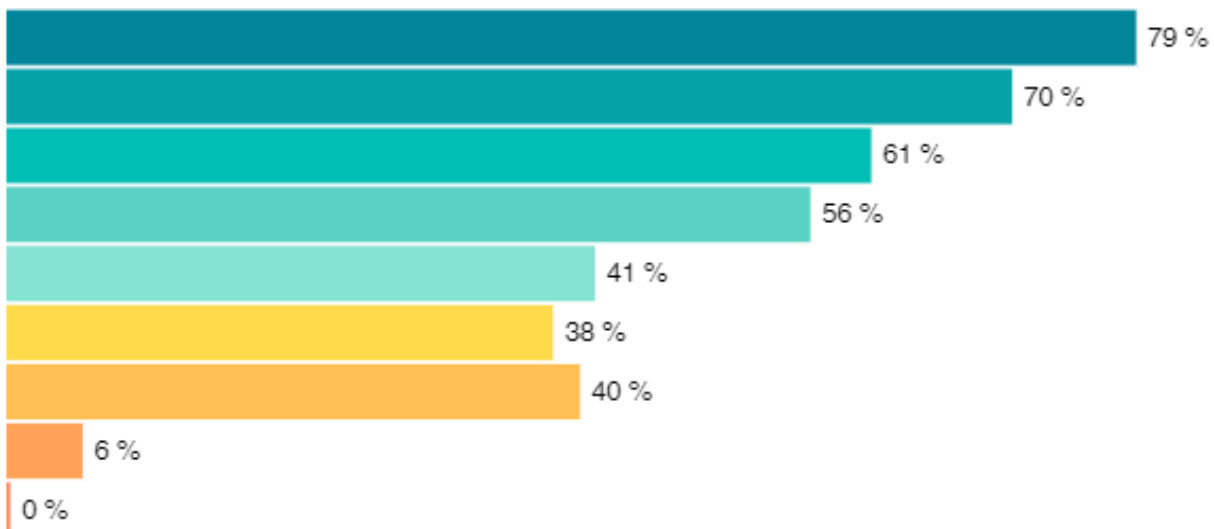
Beim Vergleich der Altersgruppen fällt auf, dass den jüngsten Befragten (16 bis 30 Jahre) der Ausbau der Schiene und der öffentlichen Verkehrsmittel am wichtigsten ist. Außerdem ist ihnen der Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen wichtiger als den anderen Altersgruppen:

- Kindergärten und Schulen ● Stärkung des ländlichen Raums
- Ausbau der Schiene / öffentlicher Verkehrsmittel ● Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen
- Industrie- und Wirtschaftsförderung ● Umweltschutz-Projekte ● Straßenbau
- Etwas anderes aus dem Bereich der Infrastruktur, nämlich: ● Keine Angabe

16 bis 30 Jahre

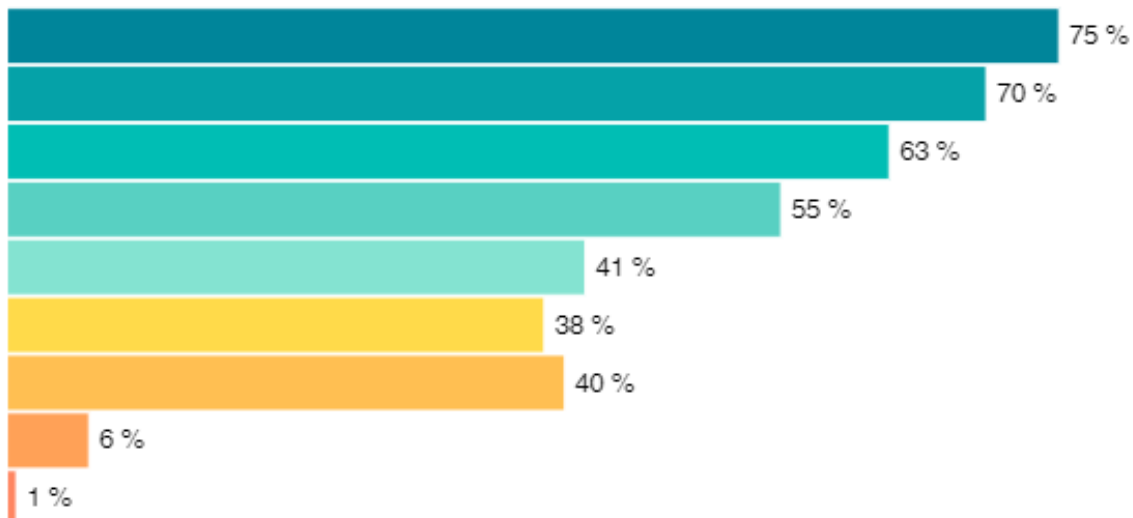


31 bis 50 Jahre

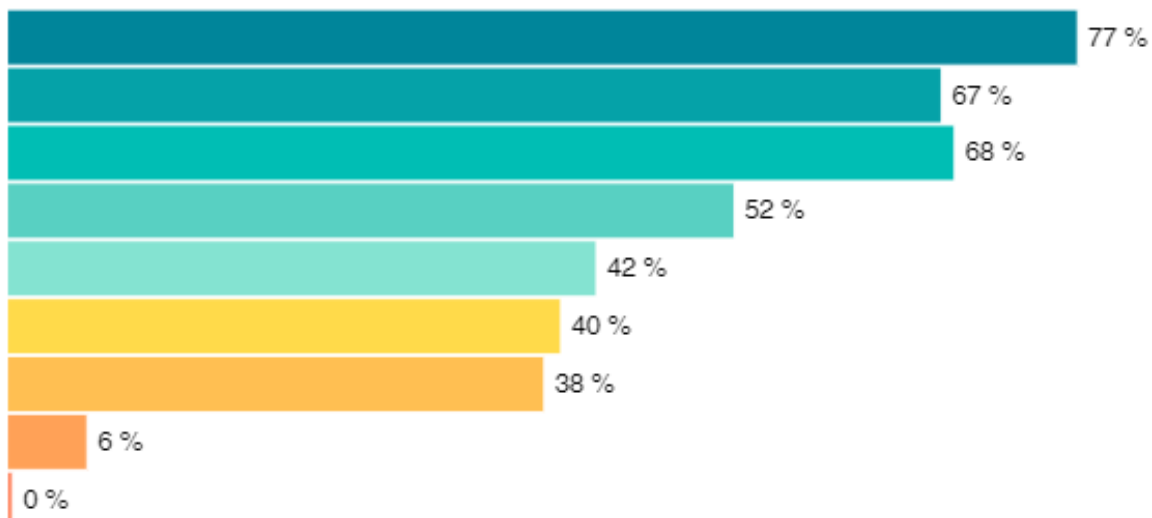


- Kindergärten und Schulen ● Stärkung des ländlichen Raums
- Ausbau der Schiene / öffentlicher Verkehrsmittel ● Ausbau von Hochgeschwindigkeits-Datenleitungen
- Industrie- und Wirtschaftsförderung ● Umweltschutz-Projekte ● Straßenbau
- Etwas anderes aus dem Bereich der Infrastruktur, nämlich: ● Keine Angabe

51 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter



Volksbeteiligung

Fast jeder Teilnehmer findet Volksbeteiligung bei politischen Entscheidungen wichtig

Dass das Volk bei politischen Entscheidungen beteiligt wird, finden 95 Prozent der beteiligten mdrFRAGT-Mitglieder eher bis sehr wichtig. Der größte Teil – fast zwei Drittel – geben sogar an, Volksbegehren, Volksentscheide und ähnliche Beteiligungsformen "sehr wichtig" zu finden. Eher bis sehr unwichtig finden dies nur 5 Prozent.

Frage: Wie wichtig finden Sie Volksbeteiligungen bei politischen Entscheidungen? (Dazu zählen beispielsweise Volksbegehren und Volksentscheide.)

Zusammengeführt: "Wichtig"



Zusammengeführt: "Unwichtig"



Ausdifferenzierte Antworten:

Sehr wichtig



Wichtig



Eher wichtig



Eher unwichtig



Unwichtig



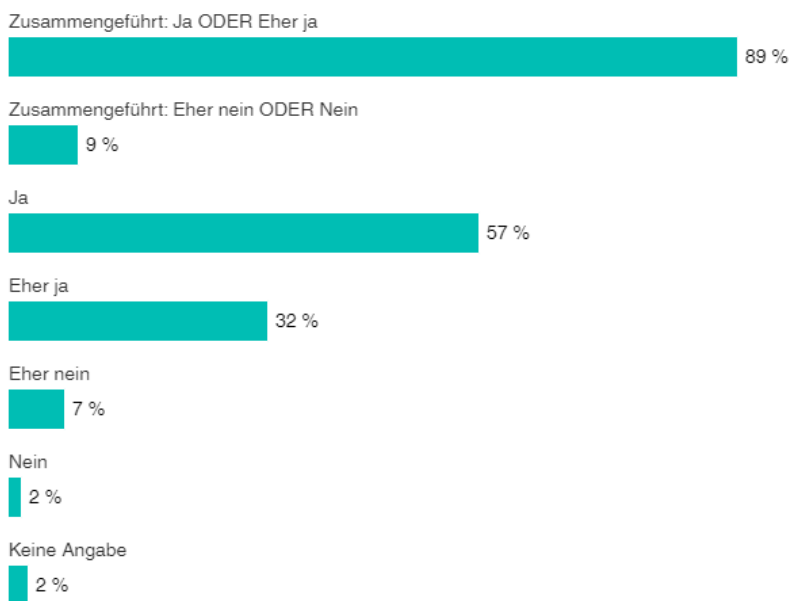
Sehr unwichtig



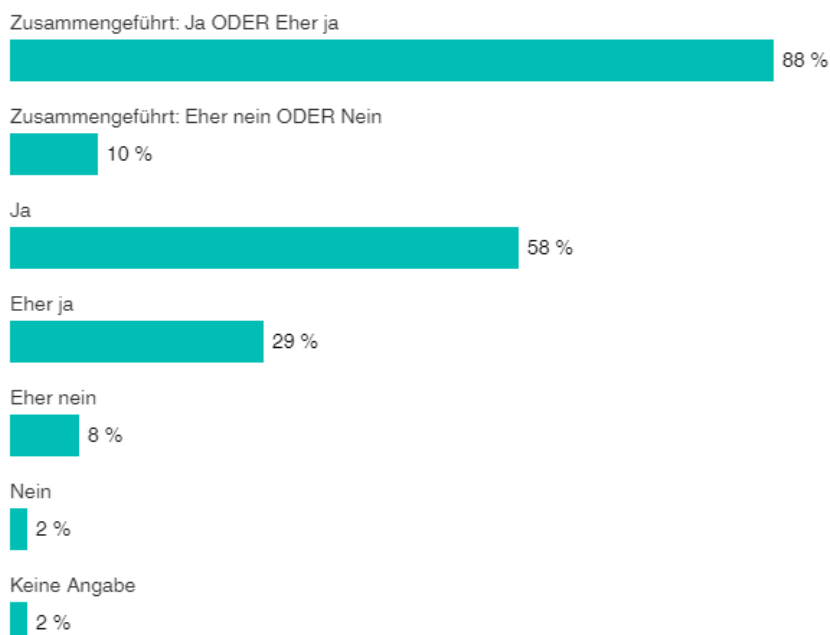
Rund 90 Prozent wünschen sich mehr Volksbeteiligung

Die Frage, ob es eine stärkere Volksbeteiligung bei politischen Entscheidungen geben sollte, wird von der eindeutigen Mehrheit der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer befürwortet: Sowohl für die Länder- als für die Bundesebene antworteten jeweils rund 90 Prozent mit ja oder eher ja. Dagegen sind neun bzw. zehn Prozent.

Frage: Sollte es in Ihrem **Bundesland** eine stärkere Volksbeteiligung bei politischen Entscheidungen geben?

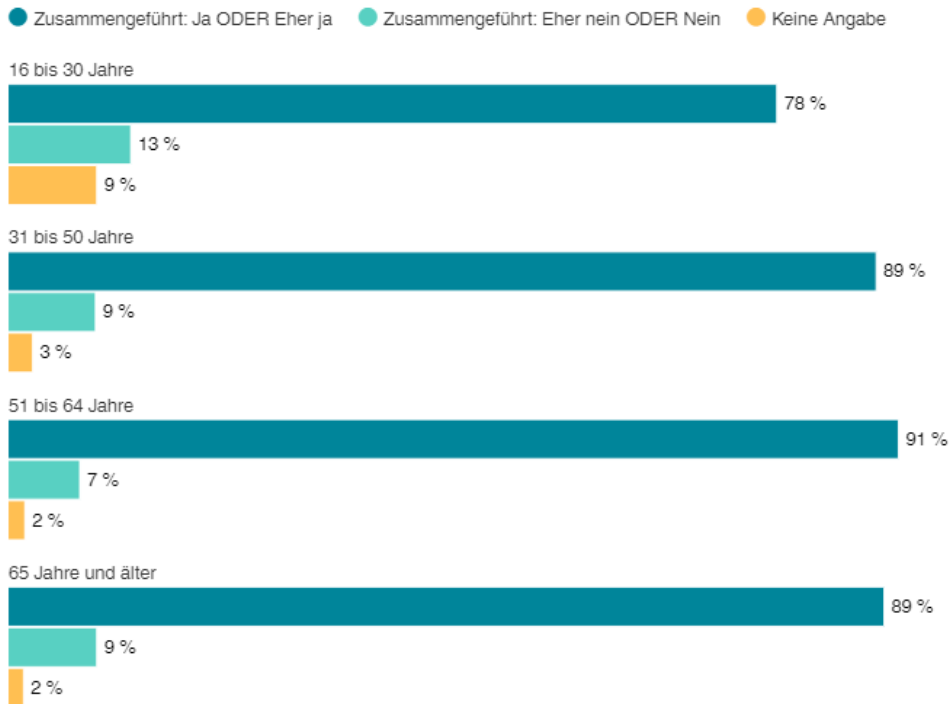


Frage: Sollte auf **Bundesebene** eine stärkere Volksbeteiligung bei politischen Entscheidungen geben?

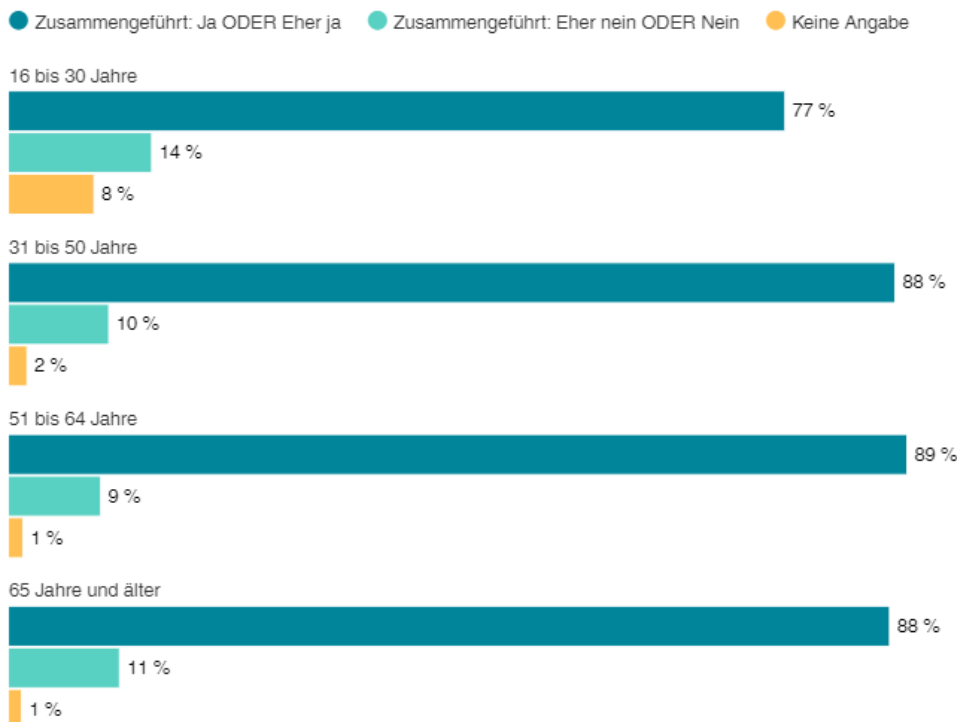


Bei der jüngsten Altersgruppe der Befragung ist der Wunsch nach mehr Volksbeteiligung etwas schwächer ausgeprägt als bei den älteren Befragten:

...auf *Länderebene*:



...auf *Bundesebene*:





Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

In ihren Kommentaren haben einige mdrFRAGT-Mitglieder ihre Gründe für mehr Volksbeteiligung begründet:

"Mehr als 800 Abgeordnete scheinen eben nicht das Volk zu repräsentieren. Daher ist eine Volksabstimmung sinnvoller und keiner kann sich dann über unsere Politiker beschweren." (35-jähriger Teilnehmer aus Leipzig)

"Die Erfahrungen aus den Jahren zeigen, dass sich in den alten Strukturen zu wenig der Volkswille wiederfindet. Wichtige Entscheidungen müssen mehr durch Volksbeteiligung entschieden werden." (67-jährige Teilnehmerin aus dem IIm-Kreis)

"Ich bin durch und durch für mehr Volksbeteiligung bei politischen Fragen. Die Vergangenheit hat mir gezeigt, dass ich nicht darauf vertrauen kann, dass sich Parteien nicht an Ihre eigenen Wahlversprechen halten." (40-jähriger Teilnehmer aus Halle)

Aber auch einige Gegner von mehr Volksbeteiligung haben uns ihre Meinung dazu geschrieben:

"Volksbeteiligungen sind gefährlich und können aus dem Ruder laufen. Uns als Bürgern liegen ja nicht alle Infos auf dem Tisch (z.B. Geheimdienstberichte bei einem Volksentscheid über einen Kriegseintritt). In Deutschland gibt es mit Absicht nicht so eine starke Volksmitwirkung wie z.B. in der Schweiz. Die Gründe liegen in der Vergangenheit und sind bekannt." (37-jähriger Teilnehmer aus Meißen)

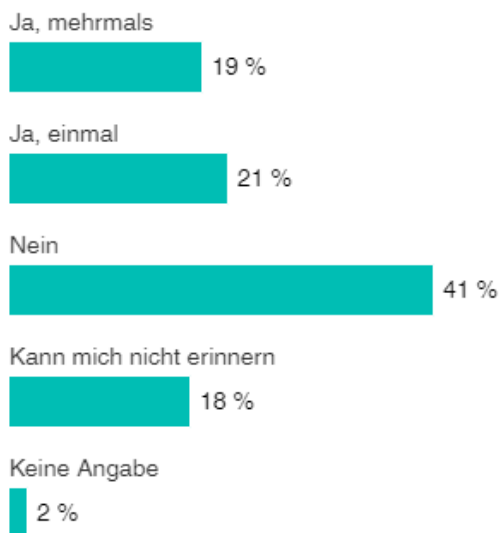
"Ich bin mir nicht sicher, ob es eine qualifizierte politisch informierte Mehrheit in der Bevölkerung gibt, die sich mit dem jeweils zur Entscheidung anstehenden Thema auskennt. Am Ende muss klar sein, dass das Ergebnis einer Volksbeteiligung auch von den politisch Verantwortlichen zu tragen ist. Auch wenn gegen Vernunft und politischen Standpunkt entschieden wurde." (67-jähriger Teilnehmer aus Leipzig)

"In der parlamentarischen Demokratie kann jeder Wahlberechtigte regelmäßig die Regierungen bestimmen. Wenn ihm die Regierungsarbeit nicht passt, kann er nach 4 Jahren neu wählen. Es macht keinen Sinn dazwischen zu den Themen eine Volksabstimmung durchzuführen." (82-jähriger Teilnehmer aus dem Landkreis Leipzig)

Weniger als die Hälfte hat bereits bei politischer Volksbeteiligung mitgemacht

Bei einer politischen Volksbeteiligung in Land oder Kommune hat sich bisher nach eigenen Angaben weniger als die Hälfte schon einmal beteiligt. So geben 19 Prozent an, bereits mehrmals mitgemacht zu haben. 21 Prozent haben sich einmal bislang an einer Form der Volksbeteiligung beteiligt. 41 Prozent haben dies nach eigenen Angaben noch nie getan. Zudem gibt ein relativ großer Teil – 18 Prozent – an, sich nicht erinnern zu können.

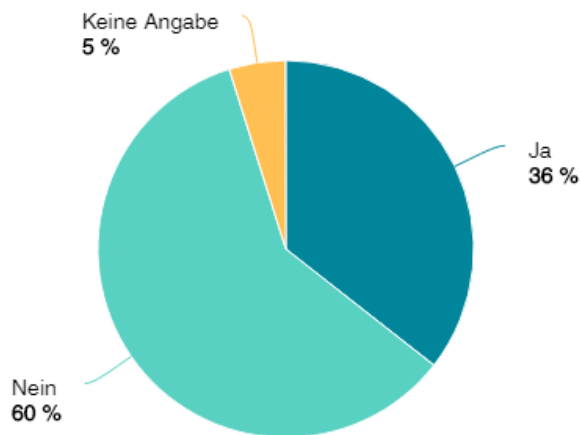
Frage: Haben Sie sich schon einmal an einem Volksbegehren, einer Volksentscheidung oder ähnlichen Beteiligungsformen in Ihrem Bundesland oder Ihrer Kommune beteiligt?



Mehrheit kennt Möglichkeiten der Volksbeteiligung im Bundesland nicht

60 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer geben an, die Möglichkeiten der Volksbeteiligung im eigenen Bundesland nicht zu kennen. 36 Prozent kennen sie nach eigenen Angaben.

Frage: Kennen Sie die Möglichkeiten der Volksbeteiligung in Ihrem Bundesland?

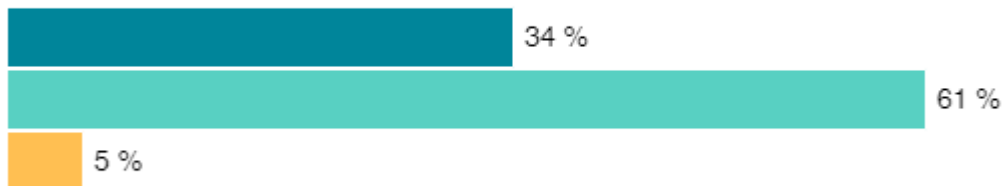


Vor allem in Sachsen und Thüringen haben viele Menschen angegeben, dass sie die Möglichkeiten der Volksbeteiligung in den jeweiligen Ländern nicht kennen:

14

● Ja ● Nein ● Keine Angabe

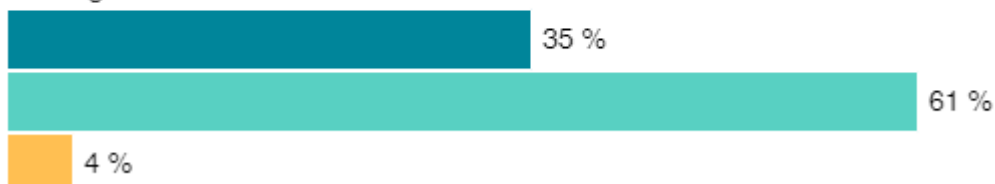
Sachsen



Sachsen-Anhalt



Thüringen



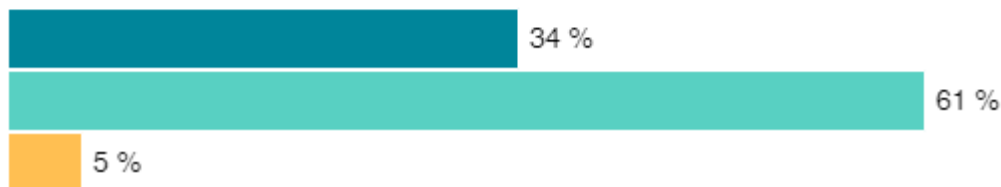
Die Kenntnis über die Möglichkeiten der Volksbeteiligung ist den eigenen Angaben zufolge bei der jüngsten Befragungsgruppe der bis 30-Jährigen am höchsten:

● Ja ● Nein ● Keine Angabe

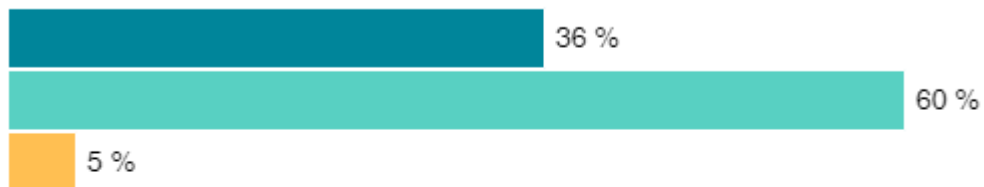
16 bis 30 Jahre



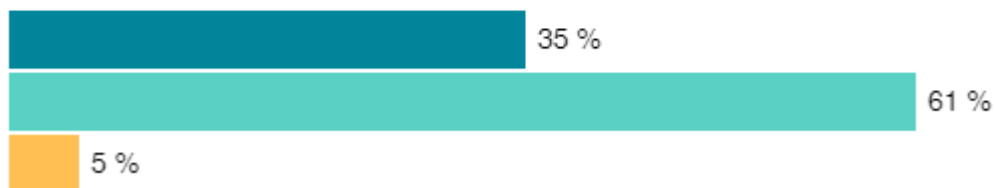
31 bis 50 Jahre



51 bis 64 Jahre



65 Jahre und älter

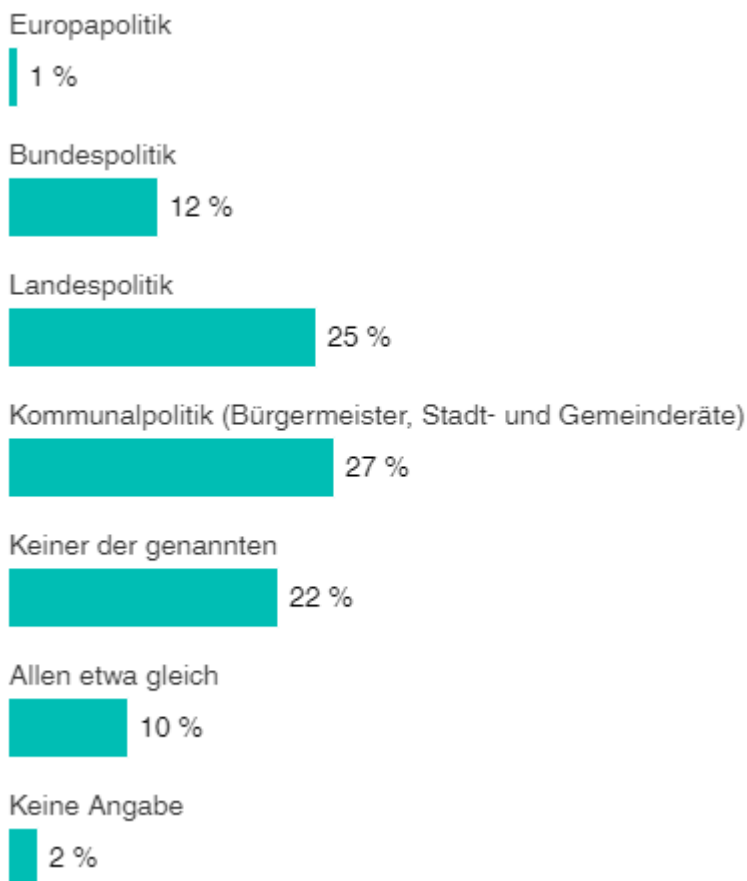


Vertrauen in Politik

Vertrauen in Politik auf kommunaler Ebene am größten

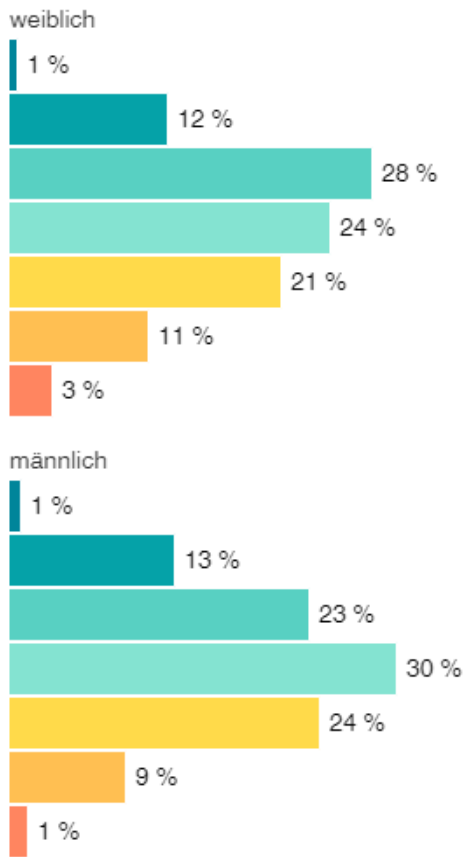
Das Vertrauen in die Politik nimmt ausgehend von der kommunalen Ebene hin zur Europapolitik immer mehr ab: Während 27 Prozent angaben, der Kommunalpolitik am meisten zu vertrauen, sind dies bei der Europapolitik nur noch 1 Prozent. Zehn Prozent geben an, allen Ebenen etwa gleich viel Vertrauen entgegen zu bringen. Mehr als jede oder jeder Fünfte (22 %) gibt jedoch auch an, keiner der genannten politischen Ebenen zu vertrauen.

Frage: Wenn Sie an die einzelnen Ebenen der Politik denken: Welcher Ebene vertrauen Sie am meisten?



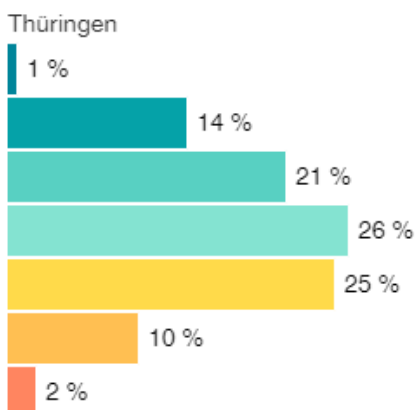
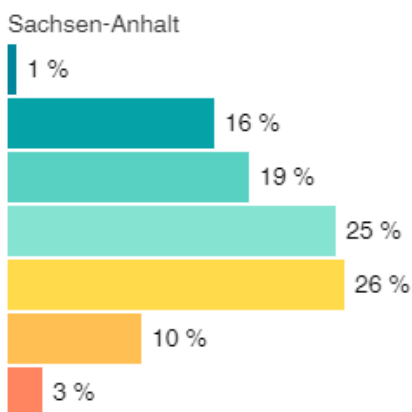
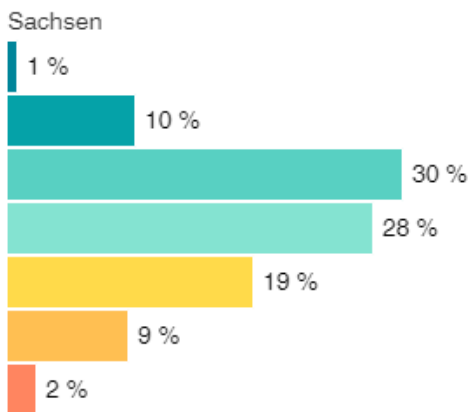
Auffällig ist, dass die Frauen der Befragung am meisten der Landespolitik vertrauen (28 %), während die Männer vor allem der Kommunalpolitik vertrauen (30 %).

- Europapolitik ● Bundespolitik ● Landespolitik
- Kommunalpolitik (Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte) ● Keiner der genannten ● Allen etwa gleich
- Keine Angabe



Beim Vergleich der Bundesländer fällt auf, dass die Sachsen vor allem der Landespolitik ihr Vertrauen schenken, während es in den anderen Ländern die Kommunalpolitik ist. Außerdem haben in Sachsen-Anhalt und Thüringen mehr mdrFRAGT-Teilnehmer angegeben, dass sie keiner der genannten politischen Ebene vertrauen:

- Europapolitik ● Bundespolitik ● Landespolitik
- Kommunalpolitik (Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte) ● Keiner der genannten ● Allen etwa gleich
- Keine Angabe



Hälfte der Befragten vertraut Europapolitik am wenigsten

Wir haben außerdem explizit danach gefragt, welcher politischen Ebene die Befragten am wenigsten vertrauen. Hier ist die Europapolitik von der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer genannt worden (50 %). 16 Prozent geben an, der Bundespolitik am wenigsten zu vertrauen. Außerdem geben 12 Prozent an, allen politischen Ebenen etwa gleich wenig zu vertrauen.

Frage: Wenn Sie an die einzelnen Ebenen der Politik denken: Welcher Ebene vertrauen Sie am wenigsten?



Kommunalpolitik: Parteilose Vertreter genießen etwas mehr Vertrauen

Parteilose Kommunalvertreter genießen bei 27 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr Vertrauen als Parteipolitiker auf kommunaler Ebene. Letztere bekommen nur von 18 Prozent mehr Vertrauen zugesprochen. Allerdings geben auch 26 Prozent an, beiden gleich viel zu vertrauen. Fast ebenso viele (25 %) sagen, dass sie weder parteilosen noch Parteipolitikern in ihrer Kommune mehr vertrauen.

Frage: Wem vertrauen Sie in Ihrer Kommune mehr?

Kommunalvertretern aus Parteien (z. B. CDU, SPD, FDP, Linke, Grüne, AfD)



Parteilosen Kommunalvertretern (z. B. Freie Wähler oder andere Wählergemeinschaften)



Weder noch



Beiden gleich viel

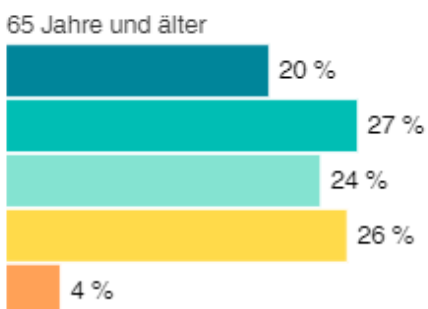
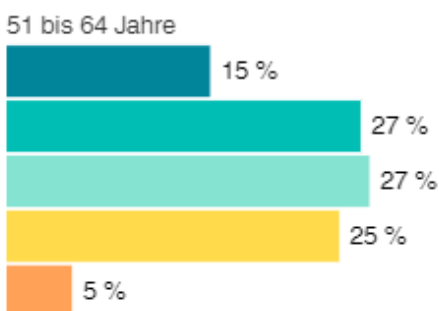
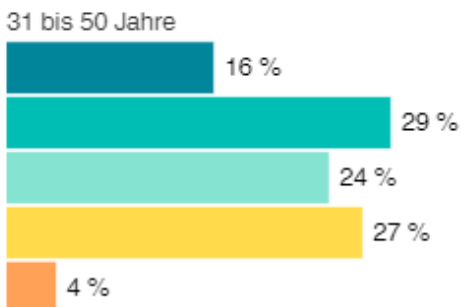
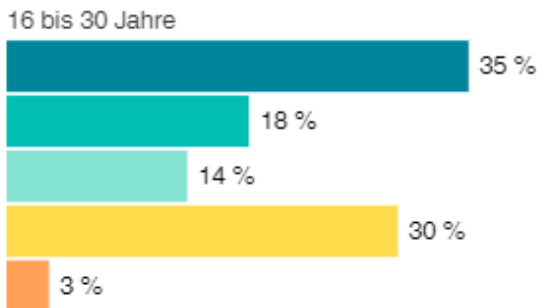


Keine Angabe



Ganz anders sehen das die jüngsten mdrFRAGT-Mitglieder, die abgestimmt haben: Bei den bis 30-Jährigen genießen die Parteienvertreter mehr Vertrauen als ihre parteilosen Kollegen. Außerdem ist der Anteil derjenigen, die angegeben haben, weder den parteilosen noch den Parteivertretern zu vertrauen, bei den jungen Teilnehmenden am geringsten von allen Altersgruppen und der Anteil derer, die beiden gleich viel vertrauen, am größten.

- Kommunalvertretern aus Parteien (z. B. CDU, SPD, FDP, Linke, Grüne, AfD)
- Parteilosen Kommunalvertretern (z. B. Freie Wähler oder andere Wählergemeinschaften) ● Weder noch
- Beiden gleich viel ● Keine Angabe

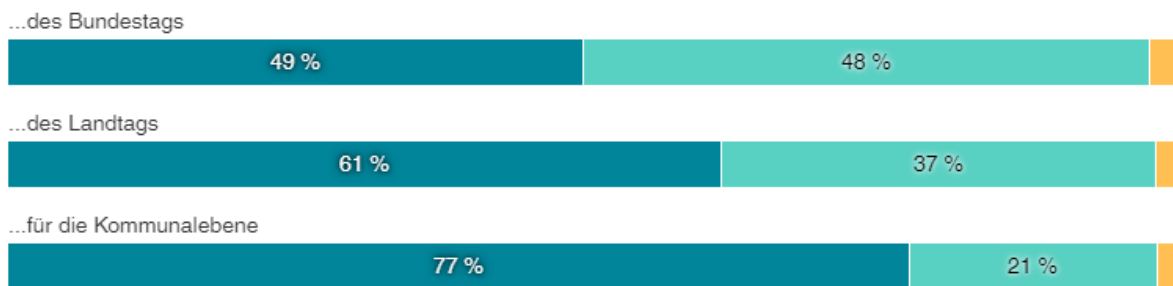


Kenntnis über Abgeordnete im kommunalen Bereich größer als auf Bundesebene

Der Anteil derjenigen, die mindestens einen Abgeordneten oder politischen Vertreter im Wahlbezirk kennen, ist auf kommunaler Ebene deutlich größer (77 %) als auf Landes- (61 %) und Bundesebene (49 %).

Frage: Kennen Sie mindestens einen Abgeordneten / politischen Vertreter Ihres Wahlbezirks? (beispielsweise durch ein persönliches Treffen, sein Wirken, die Berichterstattung oder den Wahlkampf)

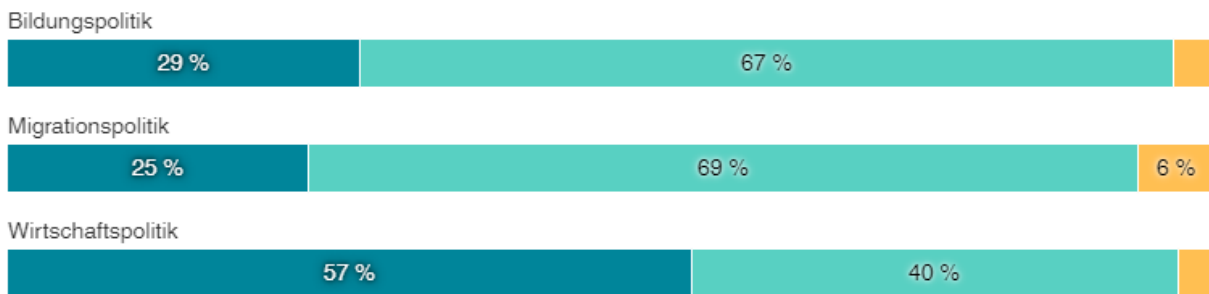
● Ja ● Nein ● Keine Angabe



Zufriedenheit mit Politikbereichen

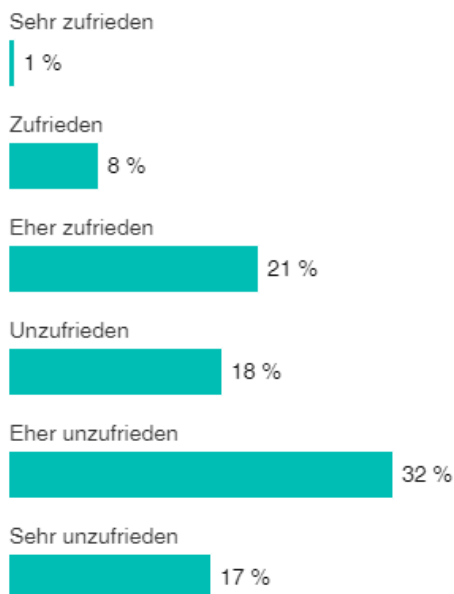
Frage: Wie zufrieden sind Sie mit den folgenden Politik-Bereichen in Deutschland?

● Zusammengeführt: eher bis sehr zufrieden ● Zusammengeführt: eher bis sehr unzufrieden ● Keine Angabe



Bildungspolitik: Zwei Drittel unzufrieden

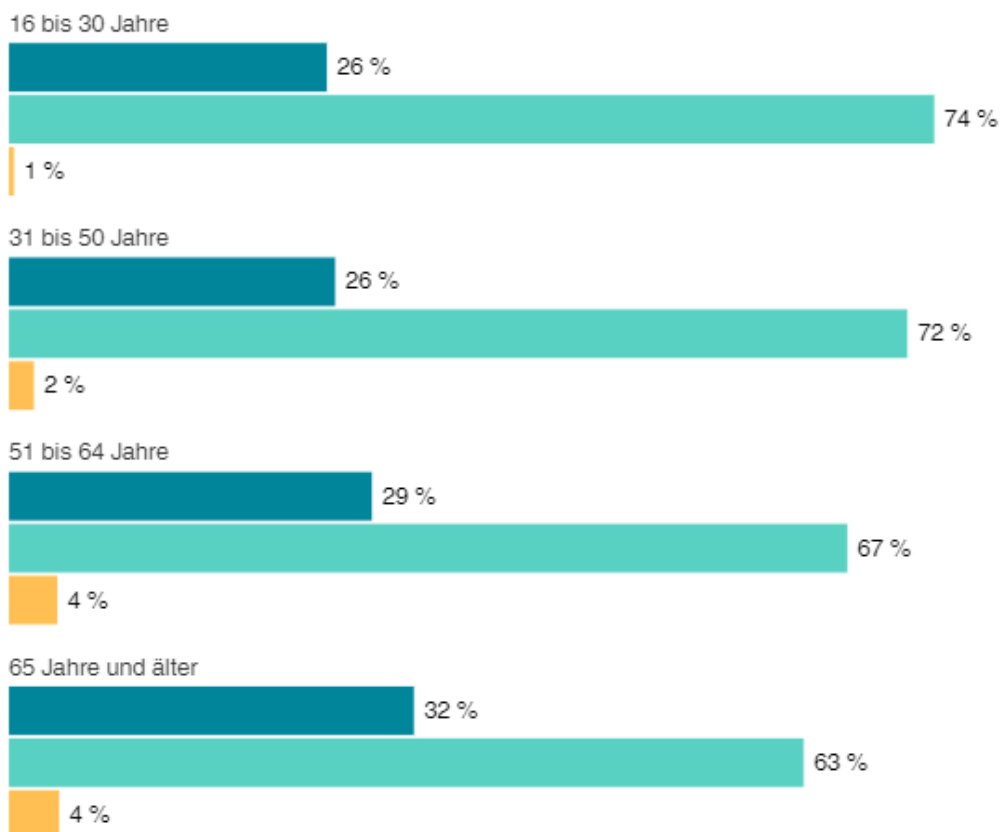
Etwas mehr als zwei Drittel (67 %) der an der Befragung beteiligten mdrFRAGT-Mitglieder sind eher bis sehr unzufrieden mit der Bildungspolitik in Deutschland. Eher bis sehr zufrieden sind 29 Prozent. Die größte Gruppe bilden hier diejenigen, die "eher unzufrieden" mit der Bildungspolitik sind:



Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

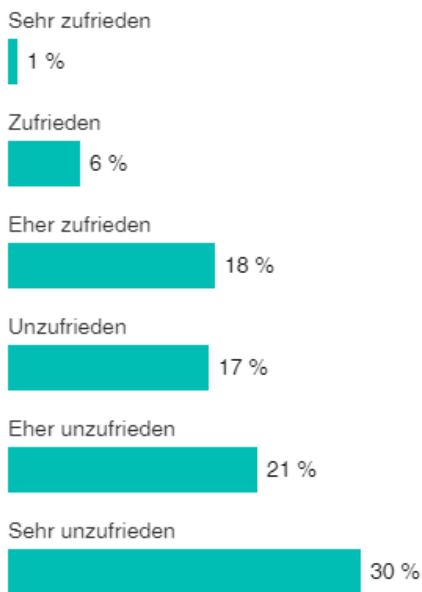
Am unzufriedensten mit der Bildungspolitik sind diejenigen, die selbst noch die frischsten Erinnerungen an die eigene Schulzeit haben: Bei der jüngsten Altersgruppe bis 30 Jahre geben fast drei Viertel an, eher bis sehr unzufrieden zu sein. Mit dem Alter der Befragten nimmt die Unzufriedenheit ab:

● Zusammengeführt: eher bis sehr zufrieden ● Zusammengeführt: eher bis sehr unzufrieden ● Keine Angabe



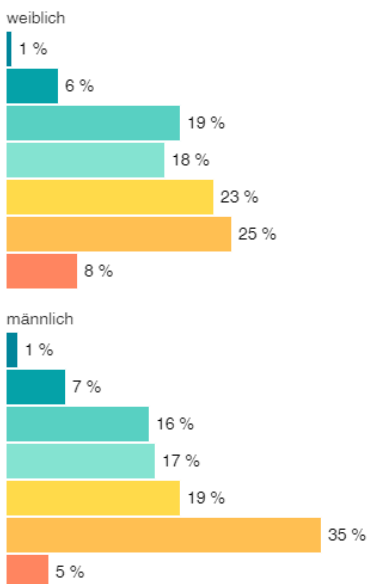
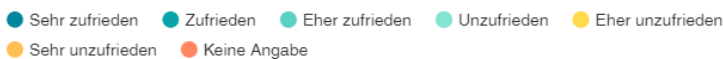
Migrationspolitik: Deutliche Mehrheit unzufrieden

Noch deutlicher zeigt sich die Unzufriedenheit der mdrFRAGT-Gemeinschaft mit der Migrationspolitik in Deutschland: 69 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zeigen sich eher bis sehr unzufrieden. Der größte Anteil der Teilnehmer ist dabei "sehr unzufrieden" mit der Migrationspolitik: 30 Prozent geben dies an. Eher bis sehr zufrieden sind 25 Prozent.



25

Besonders hoch ist der Anteil der "sehr Unzufriedenen" bei den Männern: Hier geben dies 35 Prozent an. Bei den Frauen liegt der Anteil bei 25 Prozent:



Wirtschaftspolitik: Mehr als die Hälfte ist zufrieden

Im Vergleich der drei Politikbereiche zeigt sich ausschließlich bei der Wirtschaftspolitik eine zufriedene Mehrheit: 57 Prozent geben an, eher bis sehr zufrieden zu sein. 40 Prozent sind eher bis sehr unzufrieden. Das positive Ergebnis wird maßgeblich durch diejenigen beeinflusst, die angegeben haben, "eher zufrieden" mit der Politik zu sein – sie bilden mit 39 Prozent die größte Gruppe der Befragung.

Sehr zufrieden

1 %

Zufrieden

17 %

Eher zufrieden

39 %

Unzufrieden

11 %

Eher unzufrieden

23 %

Sehr unzufrieden

7 %

Verfassung

Deutliche Mehrheit hätte Verfassungsdiskussion nach der Wende begrüßt

Nach Artikel 146 des Grundgesetzes hätte es nach der Wiedervereinigung Deutschlands eine Diskussion über eine neue, gemeinsame Verfassung geben können. 86 Prozent der mdrFRAGT-Mitglieder, die an der Befragung teilgenommen haben, hätten dies begrüßt oder zumindest eher begrüßt. 9 Prozent hätten dies nicht oder eher nicht.

Frage: Nach Artikel 146 des Grundgesetzes hätte es nach der Wiedervereinigung eine Diskussion über eine neue, gemeinsame Verfassung geben können. Hätten Sie eine Diskussion über eine neue, gemeinsame Verfassung für Deutschland begrüßt?

Zusammengeführt: Ja ODER Eher ja



Zusammengeführt: Eher nein ODER Nein



Große Zufriedenheit mit dem Grundgesetz

27

Obwohl die Mehrheit eine Verfassungsdiskussion nach der Wende begrüßt hätte, ist ebenfalls eine deutliche Mehrheit von 71 Prozent zufrieden mit dem Grundgesetz. 23 Prozent zeigen sich dagegen unzufrieden mit der Verfassung Deutschlands.

Frage: Sind Sie mit dem deutschen Grundgesetz zufrieden?

Zusammengeführt: Ja ODER Eher ja



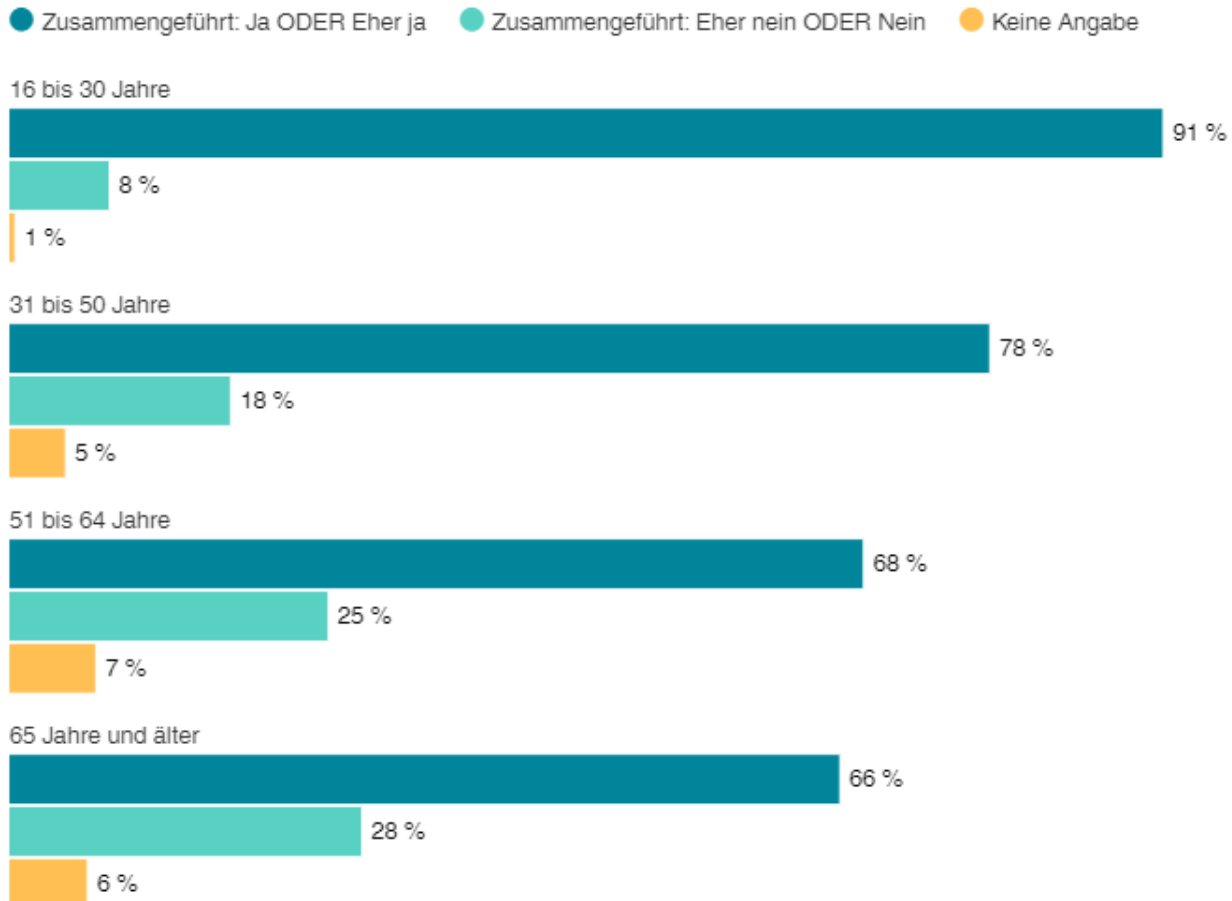
Zusammengeführt: Eher nein ODER Nein



Keine Angabe



Die Zufriedenheit mit dem Grundgesetz nimmt mit dem Alter der Befragten ab:



Wir haben diejenigen, die unzufrieden sind mit dem Grundgesetz, danach gefragt, was aus ihrer Sicht verbesserungswürdig ist. Viele weisen in ihren Kommentaren darauf hin, dass sie das Grundgesetz nicht mehr zeitgemäß finden:

"Nach 70-jährigem Bestand sollte es den heutigen Gegebenheiten angepasst sowie besonders der Begriff der Rechtsstaatlichkeit neu definiert werden." (72-jährige Teilnehmerin aus dem Harz)

"Es beruht zum Teil noch auf Gesetzen von Vertretern des dritten Reiches." (29-jähriger Teilnehmer aus Erfurt.)

"Das Grundgesetz ist in seiner jetzigen Form nicht mehr Zeit entsprechend. Es sind in den letzten Jahren sehr viele Veränderungen eingetreten." (67-jähriger Teilnehmer aus dem Salzlandkreis)

Medienblick auf Ostdeutschland

Hälfte empfindet Medienblick auf Ostdeutschland negativ

51 Prozent der Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer findet, dass die überregionalen Medien eher oder größtenteils negativ über Ostdeutschland berichten. Dass sie ausgewogen über die neuen Länder berichten, finden 34 Prozent. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die die Berichterstattung überwiegend positiv empfindet, sehr gering (5 %).

Frage: Wie berichten überregionale Medien Ihrer Meinung nach überwiegend über Ostdeutschland?

Zusammengeführt: eher negativ ODER größtenteils negativ



ausgewogen



Kann ich nicht einschätzen



Zusammengeführt: größtenteils positiv ODER eher positiv



Keine Angabe





Das Meinungsbarometer für Mitteldeutschland

In ihren Kommentaren schreiben einige mdrFRAGT-Mitglieder, dass sie sich ein differenzierteres Bild in den Medien wünschen:

"Die ostdeutsche Gesellschaft wird, ebenso wie die Gesellschaft der früheren DDR, zu homogen und zu wenig differenziert dargestellt. Meist verharrt die Darstellung in Klischees, in denen ich mich nicht wiederfinde." (46-jährige Teilnehmerin aus Jena)

"Der Osten sollte differenzierter betrachtet werden. Erfolge werden zu wenig erwähnt. Man sollte auch nicht mehr vom Osten und den neuen Bundesländern sprechen. Der Name des Bundeslandes reicht aus. Die anderen Begriffe weisen immer wieder auf die Spaltung hin." (63-jährige Teilnehmerin aus dem Ilm-Kreis)

"Ich wünschte mir eine quantitativ ausgewogene Berichterstattung. Außerdem habe ich den Eindruck, dass vorwiegend über den Osten als Land der AfD, ohne zu differenzieren zwischen einzelnen ostdeutschen Regionen bzw. zu einseitig über Rechtsradikalismus in Ostdeutschland berichtet wird. Was ist los mit den Ostdeutschen, wird gefragt. Es fühlt sich an, als würden "wir" Ostdeutschen alle über einen Kamm geschert." (60-jähriges mdrFRAGT-Mitglied aus Leipzig)

Einige wünschen sich außerdem mehr Beachtung der Geschichte der Menschen, die hier leben:

"Die enorme Leistung der Menschen, die sie beim Wechsel zweier verschiedener Gesellschaftsordnungen vollbracht haben. Die vielen Menschen, die dadurch ihr Leben komplett umstellen mussten..." (51-jähriger Teilnehmer aus Leipzig)

"Lebensleistung der Ostdeutschen, vor allem hinsichtlich der kompletten Veränderung der Lebensumstände nach der Wiedervereinigung. Statt Wertschätzung für clevere Ellenbogentechnik Respekt vor Solidarität und Gemeinschaftseinrichtung Nachbarschaftshilfe." (62-jährige Teilnehmerin aus Meißen)

"Über die vielen persönlichen Brüche der Nachwendezeit. Es wird zu viel auf die finanzielle Westhilfe reflektiert." (66-jähriger Teilnehmer aus der Sächsischen Schweiz)

Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom 01.-05.10.2020 stand unter der Überschrift:

Zukunft in den neuen Ländern – Was will der Osten?

Insgesamt sind bei mdrFRAGT nun 32.379 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 16.11.2020).

18.172 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

Verteilung nach Altersgruppen:

| | |
|------------------|--------------------|
| 16 bis 30 Jahre: | 365 Teilnehmende |
| 31 bis 50 Jahre: | 3.437 Teilnehmende |
| 51 bis 64 Jahre: | 7.492 Teilnehmende |
| 65+: | 6.878 Teilnehmende |

Verteilung nach Bundesländern:

| | |
|-----------------|--------------------|
| Sachsen: | 9.267 (51 Prozent) |
| Sachsen-Anhalt: | 4.444 (24 Prozent) |
| Thüringen: | 4.461 (25 Prozent) |

Verteilung nach Geschlecht:

| | |
|-----------|------------|
| Männlich: | 57 Prozent |
| Weiblich: | 43 Prozent |

Die Ergebnisse haben wir in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Geschlecht, Bildung und Beruf gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der Befragungsteilnehmer mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.